



Antrag

Vorlage: AT/0127/2022		Datum: 04.11.2022	
Verfasser:	07-Ratsfraktion FDP	Az.:	
Betreff:			
Antrag der FDP-Fraktion: Dynamisierung und Konkretisierung kommunaler Außenpolitik			
Gremienweg:			
17.11.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		
			<input type="checkbox"/> ohne BE
			<input type="checkbox"/> abgesetzt
			<input type="checkbox"/> geändert

Beschlussentwurf:

Die Umbenennung des Sachgebiets „Städtepartnerschaften“ in „internationale Beziehungen“ (UV/0077/2022) begrüßend, schlägt die FDP-Stadtratsfraktion dem Rat vor zu beschließen:

1. Der Stadtvorstand legt dem Rat eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zur lokalen Außenpolitik, den internationalen Beziehungen zum Beschluss vor.
2. Die Verwaltung legt ein Konzept für die effektive und stärkere Nutzung von Städte- und Projektpartnerschaften für die Wirtschaftsförderung vor.
3. Die Verwaltung nimmt Kontakt zur CERV-Kontaktstelle in Bonn auf, um eine mögliche Teilnahme am europäischen Programm in 2023 auszuloten und unterrichtet über Projektauftrufe.
4. Digitalisierungsbüro und Digital-Beirat stellen die internationalen Beziehungen parallel hierzu smart und digital auf, ermöglichen die digitale Teilnahme und Vernetzung sowie eine ressortübergreifende Austausch- und Informationsplattform sowohl für Administration, als auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie bestehende Städtepartnerschaftsvereinigungen.
5. Für die Umsetzung bilden Stadtspitze, Wirtschaftsförderung, Kultur- und Schulverwaltungsamts ein Steuerungsteam, dessen Tätigkeit durch einen Arbeitskreis aus Gesellschaft, Wirtschaft sowie den Ratsfraktionen flankiert wird.

Begründung:

1. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten und kaum eine Stadt ist mehr ohne direkte Auslandskontakte. Urban Diplomacy ergänzt die Beziehungen der nationalen Regierungen und bietet die Möglichkeit zu Dialog und Austausch. Städte haben sich – nicht zuletzt aufgrund direkter Betroffenheit von den globalen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen wie Klimawandel, globale Gesundheitskrise, Migration und Integration – zu gestaltenden Akteuren der internationalen Zusammenarbeit entwickelt. Häufig sind sie mit komplexen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen und Problemen konfrontiert. Sie sind aber auch diejenigen, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven kommend, die besten Lösungen dafür finden. Gerade bei Themen, in denen sich internationale Beziehungen komplex gestalten und Verständigung problematisch ist, können Kommunen auf Basis ähnlicher Perspektiven und Aufgaben wegen ihrer Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern konstruktive und pragmatische Lösungen finden, weshalb kommunale Außenpolitik und Kooperation in internationalen Netzwerken ein großes Potential für einen Beitrag zur Zu-

sammenarbeit der internationalen Gemeinschaft darstellen. Sie ermöglicht Kommunikation und Dialog, Wissens- und Informationsaustausch, Zusammenarbeit zu nachhaltiger Entwicklung und Sicherheit, Stabilisierung wirtschaftlicher Beziehungen, Aufrechterhaltung kultureller Beziehungen und nicht zuletzt Völkerverständigung und Friedenserhaltung.

2. Der Satz, dass Außenpolitik Sache von Nationalstaaten ist, hat sich mit der gegenwärtigen und in Zukunft stärkeren Rolle in internationalen Zusammenhängen und im europäischen Mehrebenensystem mithin überholt. So wurden Städte und Kommunen 2016 im Rahmen der Neuen Urbanen Agenda zur Umsetzung der SDGs (nachhaltigen Entwicklungsziele) von den Vereinten Nationen explizit dazu aufgefordert, sich im Einklang mit der jeweiligen nationalen Politik und Gesetzgebung an den globalen Problemlösungen zu beteiligen. Daher gilt es das bisherige Konzept der Städtepartnerschaften in seiner kommunalpolitischen Bedeutung zu stärken; In einem Bottom-up-Ansatz Austausch und synergetische Kooperationen zwischen Menschen, Wirtschaftsakteuren und Städten neu zu denken und zu beleben und über Kernthemen der zivilgesellschaftlichen Völkerverständigung hinaus für weitere Themen und Tätigkeitsfeldern zu öffnen. Es gilt aus innovativen Problemlösungsansätzen der Partnerstädte zu lernen.
3. War für die Gründergeneration die emotionale, menschliche Ebene des persönlichen Austauschs oft die entscheidende Motivation, so wird heute viel rationaler gearbeitet. Kommunen stehen vor ähnlichen Herausforderungen, die Themen der städtischen Politik sind in den europäischen Ländern oft die gleichen. Bestehende persönliche Kontakte werden nun in beruflichen Austausch und in projektorientierte Zusammenarbeit überführt. Neben ehrenamtlichem Engagement und öffentlichen Zuschüssen bedarf es, um Städtepartnerschaften lebendig zu erhalten einer Ökonomisierung und das Nutzen von europäischen Förderprogrammen.

Für die bestehenden Städtepartnerschaften sollte daher die Wirtschaftsförderung Schnittmengen und Synergien bei wirtschaftlichen Strukturen, Clustern und Entwicklungsperspektiven untersuchen, um für jede Städtepartnerschaft einen strategischen Ansatzpunkt für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu definieren. Auf dieser Grundlage können dann Gespräche mit den Verwaltungen der Partnerstädte aufgenommen werden, um gemeinsame Kooperationsprojekte in der Wirtschaftsförderung mit konkreten Zielen und Maßnahmen zu planen. Auf Grundlage der Untersuchung sollte auch die politische Diskussion folgen, welches Anforderungsprofil für künftige Projektpartnerschaften bestehen und auf welche geeigneten Städte und Regionen man zukünftig mit konkreten Projektvorschlägen zugeht.

Das Programm „Citizens, Equality, Rights and Values“ (CERV) der Europäischen Union fördert 2021-2027 Projekte mit einem Etat von rund 1,441 Mrd. Euro. Hiermit auch Städtepartnerschaften und Netzwerke und den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Länder mit dem Ziel Reichtum und Vielfalt des gemeinsamen Erbes der Union konkret fassen zu können und bewusst zu machen, dass diese eine solide Grundlage für eine gemeinsame Zukunft bildet.

4. Wichtig ist die Erkenntnis, dass potenziell alle Akteure einer städtischen Struktur aus der Partnerschaft ihren Nutzen ziehen können. Und das heißt für die praktische Arbeit, dass es gute Kommunikationskanäle zwischen Verwaltung, Vereinen und Wirtschaft geben muss, wenn diese Potenziale ausgeschöpft werden sollen. Hier gilt es Digitalisierung praktisch einzusetzen.
5. Die internationale Arbeit von Städten geht über Städtepartnerschaften hinaus. Viele international aktive Städte haben Nischen identifiziert, in denen sie sich im Rahmen von Netzwerken und Partnerschaften besonders engagieren. Teilweise verfügen Deutsche Städte über Abteilungen für internationale Beziehungen, die unter anderem damit befasst sind, Städtepartnerschaften zu pflegen und mit konkreten Kooperationen neu zu beleben. Internationale städtische Arbeit bringt viele Mehrwerte. Gleichzeitig erfordert sie Zeit. Die internationale Arbeit der Städte ist für alle Dezernate, Ämter und

Fachabteilungen relevant. Für ressortübergreifende Kooperationen bedarf es daher einer engen Abstimmung der beteiligten Akteure. Auch die Einbindung der Zivilgesellschaft mit ihrem Fachwissen stärkt den örtlichen Zusammenhalt und den politischen Rückhalt für internationale Projekte.

6. Schließlich können ein interkommunales Städte- und Gemeinденetzwerk, wie auch private Unternehmen, Initiativen und Verbände zielführend in das neuauszurichtende kommunal-internationale Konzept integriert werden.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: